

Amtsmenschen

»Person ist mehr als ›Rolle‹, Person ist weniger als ›Amt‹.«¹

»Bring back the man in the grey flannel suit!«²

In seinem Habilitationsvortrag an der Universität Frankfurt im Jahr 1961 machte Wilhelm Hennis darauf aufmerksam, dass die moderne parlamentarische Demokratie auch von vormodernen, feudalen und ständestaatlichen Traditionsbeständen zehre. In der für ihn typischen Weise fasste er seine Überlegungen in einer zugespitzten These zusammen: »Der zentrale Begriff der repräsentativen Demokratie«, so Hennis, sei »nicht die Volkssouveränität, nicht der Wille, sondern das Amt.«³ Durchsetzen konnte er sich mit dieser Ansicht nicht. Weder in den akademischen noch in den öffentlichen Debatten der folgenden Jahrzehnte spielte der Amtsbegriff eine herausgehobene Rolle. Und auch in der Gegenwart ist das Amt als politischer Grundbegriff kaum präsent. Mehr noch, die Idee des Amtes wird von Vertretern verschiedener politischer Richtungen mit Argwohn betrachtet. In den Augen linker und liberaler Kritiker haftet dem Amtsgedanken der Makel eines altbackenen, wenn nicht gar konservativ-staatsapologetischen Politikverständnisses an. Schließlich umfassen Amt und Amtsausübung eine von Personen und Interessen unabhängige, dem Staat und dem Gemeinwohl verpflichtete politische Praxis jenseits plebiszitärer Rückversicherung. Damit aber, so die linke und liberale Kritik, gingen unweigerlich eine Bejahung öffentlicher Institutionen, ein Bekenntnis zur Tradition und eine Beschränkung individueller Spielräume einher.⁴ Auf dieser alten, in Zügen vordemokratischen Idee des Amtes zu beharren, mute daher gestrig und elitär an.

Nicht ganz unschuldig an dieser Skepsis gegenüber dem Amt waren zweifellos all jene Autoren, die sich für ein etatistisches Amtsverständnis stark-

1 Helmut Schelsky, *Die juridische Rationalität*, Opladen 1980, S. 11.

2 Diedrich Diederichsen, »Unter der sengenden Sonne der digitalen Demokratie«, in: *Die Tageszeitung*, 8. 9. 2009.

3 Wilhelm Hennis, »Amtsgedanke und Demokratiebegriff«, in: Konrad Hesse / Siegfried Reicke / Ulrich Scheuner (Hg.), *Staatsverfassung und Kirchenordnung*. Festgabe für Rudolf Smend zum 80. Geburtstag am 15. Januar 1962, Tübingen 1962, S. 51–70, hier S. 54.

4 Ein Beispiel hierfür ist Arnold Gehlen, »Das Berufsbeamtentum in der modernen Gesellschaft (1961)«, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 7: *Einblicke*, Frankfurt am Main 1978, S. 152–166.

gemacht haben,⁵ ohne dabei das emanzipatorische, liberale und demokratische Potenzial des Begriffs gebührend herauszustellen oder diesen als möglichen Gegenbegriff zu illiberalen, autokratischen Herrschaftsformen zu konturieren.⁶ Wie groß dieses Potenzial ist, wird ersichtlich, wenn man das Amt als öffentliche Aufgabe im Dienst der Bürger begreift. Wer so auf das Amt schaut, sieht Macht als geborgt an, stellt die eigenen Interessen zurück, übernimmt Verantwortung, fügt sich in Institutionen ein und ist sich stets bewusst, das anvertraute Amt legitimerweise auch wieder verlieren zu können. In diesem Geiste ausgeübt, institutionalisiert ein Amt nicht nur Rechenschaftspflicht gegenüber Institutionen und Bürgern, sondern stiftet auch Gemeinsinn. In den Worten Otto Depenheuers: »Durch die Unterscheidung von abstraktem Amt und der konkreten Person des Amtsinhabers wird das staatliche Handeln immunisiert gegen private Motivationen, Interessen und Stimmungen des Amtsinhabers sowie gegen Versuche partikulärer Einflußnahme auf die Wahrnehmung des Amtes.«⁷ All das könnte man den cäsaristischen Autokraten und illiberalen Despoten von heute entgegenhalten.

Das Amt gegen seine Liebhaber und Kritiker verteidigt

Mit diesem Heft verfolgen wir das Ziel, den Begriff des Amtes zu entstauben und für einen Problemaufriss der politischen Gegenwart zu nutzen. Folgende Fragen sollen dabei im Mittelpunkt stehen: Welche spezifischen Herausforderungen gehen mit einem Amt einher? Wie wird das Verhältnis von Amt und Person justiert und wie ändern sich Praktiken der Amtsführung im Zeitalter personalisierter Direktkommunikation und einer gestiegenen Erwartung an Nahbarkeit und Authentizität? Was haben Politikverdrossenheit, populistisch geschürtes Misstrauen oder gar Gewalt gegen Amtsträger mit einer Entinstitutionalisierung vieler Lebensbereiche zu tun?

⁵ So die Kritik in einem lesenswerten Text von Marcus Llanque, der dem ein dezidiert republikanisches Amtsverständnis entgegensetzt. Vgl. ders., »Die Politologie des Amtsbegriffs im Kontext seiner ideengeschichtlichen Ursprünge«, in: Oliver Flügel-Martinsen / Dirk Jörke (Hg.), *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*. Rainer Schmalz-Bruns zum Gedenken, Baden-Baden 2022, S. 367–388.

⁶ Für Hennis birgt der Amtsbegriff gerade die Chance, Demokratien gegen Autokratien, Monarchien und illiberale Regime abzugrenzen: »Statt den Amtsgedanken für sich zu okkupieren, überlassen ihn Liberalismus und Demokratie den Mächten der Vergangenheit, sich selbst damit um die entscheidende Legitimierung eigener Herrschaft bringend.« Hennis, »Amtsgedanke«, S. 63 f.

⁷ Otto Depenheuer, »Das öffentliche Amt«, in: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. 3: *Demokratie-Bundesorgane*, 3., völlig Neubearb. und erw. Aufl., Heidelberg 2005, S. 87–130, hier S. 101.

Welche Einsichten eröffnet ein Blick in die Geschichte starker Amtskonzepte, etwa im Ständestaat, in der Monarchie, aber auch in der Kirche? Gibt es bis heute tradierte und distinkte Amtskulturen, die sich gegenseitig anreichern, überlagern oder unterminieren? Unser Ziel ist es, mit einem interdisziplinär rückversicherten und zugleich neu befragten Amtsbegriff einen Zugang zu zahlreichen Phänomenen der Gegenwart zu gewinnen. Im Rahmen eines solchen Unterfangens, so unsere Hoffnung, könnte es zudem gelingen, nebenbei einige Ausweichkonzepte zu komplementieren oder zu ersetzen, die derzeit zwar häufig bemüht werden, sich bei näherer Betrachtung aber als politische Leerformeln erweisen. Man denke etwa an die ubiquitäre Rede von der »staatspolitischen Verantwortung«.

Etymologisch leitet sich der Begriff Amt vom keltischen *ambaxtos*, der Herumgeschickte, ab. In der lateinischen Übertragung *ambactus* wird er – etwa in Cäsars *De bello gallico*⁸ – als Bezeichnung für Gefolgsleute verwendet, im Althochdeutschen stößt man im 8. Jahrhundert auf das Wort *ambaht* als allgemeine Bezeichnung für Auftrag oder Dienst.⁹ Amt entwickelt sich also im Laufe der Zeit von einem Personal- zu einem Sachbegriff, wobei bis heute beide Bedeutungsfacetten erhalten geblieben sind: Wer ein Amt innehat, handelt persönlich, jedoch im Auftrag eines anderen. Sie oder er steht also in einem treuhänderischen Verhältnis mit einer höheren Instanz, die sie oder ihn beauftragt und ernennt – heute ist das zumeist der Staat. In soziologischer Hinsicht ist dieser Umstand deshalb interessant, weil sich die betreffenden Akteure einerseits in einem direkten, dienenden Verhältnis gegenüber dem Staat befinden und dem Gemeinwohl verpflichtet sind, dabei jedoch andererseits gerade nicht als individuelle Akteure handeln. Gerne wird in diesem Zusammenhang der Vers »Ich hab' hier bloß ein Amt und keine Meinung« aus Friedrich Schillers *Wallenstein* zitiert, in dem besonders deutlich die seit dem Mittelalter geläufige Trennung von Amt und Person zum Ausdruck kommt.¹⁰

Obwohl sich hieran keineswegs nur organisations- oder verwaltungssoziologische, sondern durchaus auch handlungstheoretische Fragen an-

8 Dort heißt es im 6. Buch, Kapitel 15 über die gallischen Ritter, »je vornehmer und vermögender einer ist, desto mehr Dienstleute und Klienten [*ambactus clientesque*] hat er um sich«. Gaius Iulius Caesar, *Der Gallische Krieg – De bello gallico*, lateinisch – deutsch, hrsg., übers. und erl. von Otto Schönberger, 4., überarb. Aufl., Berlin 2013, S. 260/261.

9 Zur Etymologie siehe Friedrich Kluge, Art. »Amt«, in: *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, begr. durch Friedrich Kluge, bearb. von Elmar Seebold, 24. Aufl., Berlin u. a. 2002; Bettina Bock, Art. »Amt«, in: *Deutsche Wortfeldetymologie in europäischem Kontext*; online unter: <https://dwee.saw-leipzig.de/etymology/Amt/de> [16. 4. 2025].

10 Utz Schliesky, »Die Amtswürde. Tradition und Moderne im demokratischen Staat«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67 (2017), 14–15, S. 42–48, hier S. 42; online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/245599/die-amtswuere-tradition-und-moderne-im-demokratischen-staat/> [16. 4. 2025].

schließen, erstaunt es, dass man nach einer ausgearbeiteten Soziologie des Amtes suchen muss.¹¹ Der klassische Bezugstext ist nach wie vor Max Webers *Soziologie der Herrschaft*. In diesem auch heute noch beeindruckenden Text unterscheidet Weber bekanntlich verschiedene Typen von Herrschaft und fragt nach deren jeweiliger Funktionsweise und auch Robustheit. Ämter sind dabei für Weber ein wesentliches Merkmal moderner bürokratischer Herrschaft, die sich durch das Prinzip der Amtshierarchie, durch die strikte Trennung von Privatbehausung und Büro, durch Aktenförmigkeit der Verwaltung, die Aufwertung der Amtstätigkeit zum Beruf und durch das Absehen von persönlicher Ehre auszeichnet.¹² In der Bürokratie bleiben mithin nicht nur Restbestände älterer Herrschaftsformen erhalten, es konvergieren darin auch Elemente katholischer Ämterhierarchie mit dem Modell protestantischer Arbeitsethik.¹³ Vor allem aber erweist sich das Amt für Weber als ein vergleichsweise stabiles Element von Herrschaft. Ist das flüchtige, von Veralltäglichsung bedrohte Charisma eines Herrschers untrennbar mit dessen Person verbunden, lösen Bürokratien das Charisma von der Person und übertragen es auf das Amt selbst. Das Schlagwort an dieser Stelle lautet Amtscharisma, womit »der Glaube an die spezifische Begnadung einer sozialen Institution als solcher« bezeichnet sein soll,¹⁴ der in korrespondierenden Begriffen wie Amtsethos oder Amtswürde bis heute erhalten geblieben ist.¹⁵

Mit Blick auf die Gegenwart wird man wohl konstatieren müssen, dass der Glaube an die spezifische Begnadung sozialer Institutionen schon seit Längerem schwindet und offensichtlich auch das Charisma des Amtes nicht vor Auszehrung gefeit ist. Das zeigt sich nicht nur in sinkendem Institutionenvertrauen und wachsender Bürokratiekritik – die in den letzten Jahren interessanterweise die politischen Lager gewechselt zu haben scheint –, das bildet sich durchaus auch in gegenwärtigen Debatten ab, die Kritik an Verfahren und Realitäten politischer Repräsentation artikulieren. Diese Kritik ist oftmals berechtigt, verstellt bisweilen aber auch den Blick für die Funktion von Ämtern. In jüngerer Zeit unterstreichen vor allem sozialwissenschaftliche Studien aus dem Bereich der Demokratieforschung die Bedeu-

11 Siehe dazu Berthold Vogel, »Arbeiten im Amt. Beschäftigungsverhältnis und Arbeitsbewusstsein im öffentlichen Dienst«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67 (2017), 14–15, S. 22–28; online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/245593/arbeiten-im-amt-beschaeftigungsverhaeltnis-und-arbeitsbewusstsein-im-oeffentlichen-dienst/> [16. 4. 2025].

12 Max Weber, *Gesamtausgabe*, Abt. I: *Schriften und Reden*, Bd. 22: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, Teilbd. 4: *Herrschaft*, hrsg. von Edith Hanke, Tübingen 2005, S. 157–165.

13 Reinhard Riese, Art. »Amt«, in: Joachim Ritter / Karlfried Gründer / Gottfried Gabriel (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 1: A–C, S. 210–211, hier S. 210.

14 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 527.

15 Schliesky, »Die Amtswürde«.

tung der sogenannten deskriptiven Repräsentation für die Vertretung politischer Interessen. Demnach macht es bei der Artikulation von Interessen und bei der Gesetzgebung einen Unterschied, ob Frauen oder Männer repräsentieren, ob Akademiker oder Handwerkerinnen Politik machen, ob finanziell abgesicherte Angehörige der oberen Mittelschicht in den Parlamenten sitzen oder Personen, die im Laufe ihres Lebens Erfahrungen mit Armut, Ausgrenzung oder prekärer Erwerbsarbeit gesammelt haben. Für Deutschland konstatierte ein empirischer Befund¹⁶ schon vor Jahren eine Repräsentationslücke aufgrund der sozioökonomischen Distanz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Dieser Zustand hat sich seitdem nicht verbessert. Es sitzen schlichtweg mehr Stefans und Katrins mit Studienabschluss in den Parlamenten, als dies proportional angemessen und politisch klug wäre. Unweigerlich stehen jedoch in den wichtigen Diskussionen um diese Problematik die konkreten Personen im Vordergrund. Ohne dass die Kritiker der real existierenden repräsentativen Demokratie es wollen, sorgt die von ihnen angestoßene Debatte auch dafür, dass die Idee des Amtes weiter ins Hintertreffen gerät. Zu glauben, dass ein Abgeordneter jenseits von Stand und Klasse und jenseits eigener Prägungen, Interessen und Motive ein Gemeinwesen repräsentieren und unvoreingenommen Gesetze verabschieden könne, mutet in diesem Zusammenhang wahlweise antiquiert oder idealistisch an.

Es wird jedoch keineswegs nur akademisch über Fragen der Repräsentativität von Regierungen oder über die sozioökonomischen Hintergründe von Parlamentariern diskutiert, viel häufiger geht es schlicht um die Ausstrahlung, das Auftreten und die Medienkompetenz politischer Akteure. Wahlkämpfe werden daraufhin analysiert, wer besser kommunizieren und Botschaften glaubwürdiger vermitteln könne. Es sind dabei in erster Linie die konkreten Personen in den Ämtern, für die sich die Medienöffentlichkeit interessiert. Dieser Befund einer zunehmenden Boulevardisierung von Politik und politischer Berichterstattung ist alles andere als neu.¹⁷ Neu ist jedoch, dass das politische Personal derzeit selbst verstärkt auf eine persönliche Form der Ansprache setzt. Es bespielt eigene Medienkanäle, gibt Persönliches preis, inszeniert sich als wahlweise nahbar, bodenständig oder lustig und stellt bisweilen das eigene Leiden an den Zumutungen des politischen Alltags aus. Hieran zeigt sich aus unserer Sicht mehr als nur eine

16 Lea Elsässer / Svenja Hense / Armin Schäfer, »>Dem Deutschen Volke?< Die ungleiche Responsivität des Bundestags«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2017), 2, S. 161–180; online unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9> [16. 4. 2025].

17 Frank Esser, »Tabloidization of News. A Comparative Analysis of Anglo-American and German Press Journalism«, in: *European Journal of Communication* 14 (1999), 3, S. 291–324; Andreas Dörner, *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt am Main 2001.

Personalisierung von Politik.¹⁸ Politiker begegnen uns heute nicht mehr nur als Amts- und Privatpersonen, sondern zunehmend als *Menschen in Ämtern*. Sie gewähren nicht länger nur flüchtige Einblicke in ein scheinbar intaktes Familienleben oder den Urlaub am Wolfgangsee, sie offenbaren sich in ihrer Ausgesetztheit und Verletzbarkeit, mit ihren Hoffnungen und Ängsten, also im besten Fall als ganze *Menschen*.¹⁹

Menschen in Ämtern – When they go cold, we go warm!

Es gilt, sich diese Entwicklung in einem politischen Spannungsfeld zu vergegenwärtigen: Der Staat in seiner Abstraktheit, das heißt jedes Kabinett, jede Behörde, jede Verwaltung, ist auf konkrete Personen angewiesen, die Aufgaben treuhänderisch übernehmen. Schließlich bedarf es im politischen System bekanntlich zweierlei: Institutionen- und Personenvertrauen. Es braucht nicht nur abstrakte Ordnungen, sondern auch konkrete Personen mitsamt Interessen, Leidenschaften, Befindlichkeiten, es braucht Gesichter und Körper, die regieren, verwalten, Gesetze erlassen und somit ein Amt füllen. Und doch ist ein Amt stets mehr als die konkrete Person. Man sieht sich also, wie das Sophie Schönberger jüngst betont hat, mit dem Umstand konfrontiert, dass »die theoretische Unterscheidung zwischen Person, Amt und Parteipolitiker aufgrund des Zugriffs auf denselben natürlichen Körper in gewisser Weise kontrafaktisch ist. Allerdings lebt die Idee demokratischer Gleichheit ganz maßgeblich von eben dieser kontrafaktischen Konzeption.«²⁰ Mit den Amtsträgern in modernen Demokratien verhält es sich also ganz ähnlich wie mit den von Ernst Kantorowicz beschriebenen Monarchen des Mittelalters: Sie haben zwei Körper, den sterblichen *body natural* und den unsterblichen *body politic*.²¹

18 Lauri Karvonen, *The Personalisation of Politics. A Study of Parliamentary Democracies*, Colchester 2010; Silke Adam / Michaela Maier, »Personalization of Politics. A Critical Review and Agenda for Research«, in: *Annals of the International Communication Association* 34 (2010), S. 213–257.

19 Julian Müller / Astrid Séville, »Menschen im Amt. Verletzbarkeit in der politischen Kommunikation der Gegenwart«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 54 (2025), 1, S. 47–62; online unter: <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/zfs02-2025-2002/html> [16. 4. 2025]; Julian Müller, »>I Was Honestly just Speaking as Robert« – New Forms of Sentimental Leadership in Contemporary German Politics«, in: Heike Paul / Sarah Miriam Pritz (Hg.), *Sentimental State(s). Affective Politics of Order and Belonging*, Bielefeld 2025, S. 25–43.

20 Sophie Schönberger, »Die zwei Körper der Gewählten. Auf den Spuren monarchischer Imaginationen im demokratischen Verfassungsrecht«, in: *Der Staat* 61 (2022), 4, S. 579–620, hier S. 616.

21 Ernst H. Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters* [1957], übers. von Walter Theimer, München 1990.

Wenn man so will, ist dies das Personalparadox der parlamentarischen Demokratie: Die Aufgaben des Staates werden von konkreten Personen ausgeführt, während diese zugleich zu einem gewissen Grad depersonalisiert werden müssen. Schließlich lautet eine der fundamentalen Anforderungen an politische Repräsentation in elektoralen Demokratien, dass Gewählte sich gerade nicht für ihre eigenen Interessen einsetzen sollen. Das Amt dient dabei als Medium der Entpersonalisierung und Entemotionalisierung. Es ist eben ein hohes Maß an Sachlichkeit, das liberale Demokratien von Politik und Verwaltung einfordern. Max Weber ergänzte in seinem Vortrag »Politik als Beruf« die berühmte Formulierung, wonach Politik »ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich« sei,²² durch zwei entscheidende Zusätze: So will er »Leidenschaft im Sinn von *Sachlichkeit*« und Augenmaß als die Fähigkeit »der *Distanz* zu den Dingen und Menschen« verstanden wissen.²³

Ein solches Modell einer auf Distanziertheit und Sachlichkeit ausgerichteten Form von Politik im Besonderen und Amtshandeln im Allgemeinen ist von unterschiedlichen Seiten unter Druck geraten. Betrachtete Weber Distanzlosigkeit noch als »eine der Todsünden jedes Politikers«, ²⁴ beschrieb der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, sein eigenes Amts- und Selbstverständnis wie folgt: »Meine Arbeit, ja meine Vorstellung von Politik ist, die Distanz zwischen Menschen, die Distanz zwischen den Typen, die man aus dem Fernsehen kennt, und denjenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, zu verringern, nahbar zu sein, Nähe zuzulassen, Kontakte und Begegnungen zu ermöglichen und zu erleben.«²⁵ Nahbarkeit wird damit zu einer politischen Tugend.

Der Politikwissenschaftler Pierre Ostiguy hat vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, Populismus nicht nur über spezifische politische Inhalte zu definieren, sondern vor allem als einen bestimmten politischen Stil zu verstehen.²⁶ Zusätzlich zur Unterscheidung von rechts und links führte er als weitere Konfliktachse im politischen Raum den Gegensatz von unten und oben ein. Seiner Analyse zufolge soll gerade die Vulgarität populistischer Akteure deren Anspruch auf ehrliche, nicht elitäre Volksvertretung beglaubigen. Als sich Donald Trump im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 zur Stimme des Volkes (»I am your voice«) erklärte und fortan wütend und ordinär polterte, antwortete Michelle Obama darauf bekanntlich mit der

22 Max Weber, »Politik als Beruf«, in: ders., *Gesamtausgabe*, Abt. I: *Schriften und Reden*, Bd. 17: *Wissenschaft als Beruf / Politik als Beruf*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen / Wolfgang Schluchter, Tübingen 1992, S. 157–252, hier S. 251 f.

23 Ebd., S. 227.

24 Ebd.

25 Robert Habeck, *Von hier an anders*. Eine politische Skizze, Köln 2021, S. 12.

26 Pierre Ostiguy, »The High-Low Political Divide. Rethinking Populism and Anti-Populism«, in: *Political Concepts* 2009 (= Committee on Concepts and Methods Working Paper Series 35).

Maxime: »When they go low, we go high.« Hierzulande scheint die Strategie der politischen Mitte zur Vorwärtsverteidigung der Demokratie eher zu lauten: *When they go cold, we go warm.*

Beobachten ließ sich dieser Ansatz im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025. Als Spitzenkandidat von Bündnis 90 / Die Grünen trat Habeck unter dem Motto an: »Kanzler werden. Mensch bleiben.« Auf zahllosen Plakaten mit den Porträts von Habeck und anderen Spitzenpolitikern der Partei war allerorten der Slogan zu lesen: »Ein Mensch. Ein Wort.« Der Ausdruck Mensch dient hierbei als Beglaubigungsformel für Nahbarkeit, Verlässlichkeit, Responsivität und Volksnähe. Im Wissen darum, dass Macht korrumpieren und ein Amt seinen Inhaber deformieren kann, erscheint die Versicherung der Kandidaten, Mensch zu sein und zu bleiben, wie ein Versprechen. An das Wort *memento quod es homo* müssen politische Repräsentanten heute also nicht erst von ihren Wählern erinnert werden. Sie haben es bereits internalisiert. Tatsächlich können sich heutige Spitzenpolitiker den Authentizitätserwartungen des Publikums nicht mehr so leicht entziehen. Menschlichkeit wird als politisches Kapital eingesetzt, das richtig angelegt werden muss, um sich zu rentieren – mit allen Risiken der Inflation, Deflation und Totalentwertung.²⁷

Dass all dies auch mit dem Wandel der Bühnen und Medien zu tun hat, auf und in denen sich Politik vollzieht, steht außer Frage. Die Kanäle, über die politische Kommunikation heute stattfindet, fordern und honorieren den Anschein des Authentischen und beschleunigen Prozesse einer zunehmenden Intimisierung von Politik.²⁸ Neben den klassischen, fast schon altmodisch anmutenden Homestorys in Presse, Funk und Fernsehen haben sich Instagram- und TikTok-Kanäle, persönliche Videobotschaften sowie Podcasts als wichtige Arenen politischer Kommunikation etabliert. Dass sich erfolgreiche Podcast-Formate wie »Alles gesagt?« oder »Hotel Matze«, in denen ein sehr persönliches, bisweilen intimes Sprechen vorgeführt wird, in Zeiten von Politik- und Parteiverdrossenheit großer Beliebtheit erfreuen, ist kein Zufall und verrät viel über die politische Gegenwart. Die Gästeliste dieser Formate ist beeindruckend, sie umfasst amtierende und ehemalige Bundeskanzler, Minister und Parteivorsitzende: Ob Angela Merkel, Olaf Scholz oder Friedrich Merz, ob Ricarda Lang, Kevin Kühnert oder Christian Lindner – sie alle sind der Einladung gefolgt und gaben in bis zu sechs Stunden langen Aufnahmen Auskunft über ihre politischen Ansichten, vor allem

²⁷ Es scheint kein Zufall zu sein, dass just jene Politiker nicht länger aktiv sind – Robert Habeck, Kevin Kühnert –, die in hohem Maße versucht haben, Amt und Mensch miteinander zu verbinden.

²⁸ James Stanyer, *Intimate Politics. Publicity, Privacy and the Personal Lives of Politicians in Media-Saturated Democracies*, Cambridge u. a. 2013; Simon M. Luebke, »Political Authenticity. Conceptualization of a Popular Term«, in: *The International Journal of Press/Politics* 26 (2021), 3, S. 635–653.

aber über sich selbst. Allein an den Fragen, mit denen das politische Spitzenpersonal in diesen Formaten konfrontiert wird, zeigt sich eine veränderte Erwartung an Amtsträger in der Gegenwart: »Gibt es auch einen zweifelnden Bundeskanzler? Gibt es auch einen ängstlichen Bundeskanzler?« (an Olaf Scholz, 2023); »Wo steckst du diese ganzen grauenhaften Bilder, die du auch gesehen hast, wo steckst du die hin?« (an Annalena Baerbock, 2024); »Und dieser Druck, was macht der mit dir?« (an Christian Lindner, 2024); »Hast du Angst, dich zu verändern?« (an Robert Habeck, 2019); »Wie kann ich mir einen zweifelnden Friedrich Merz vorstellen?« (an Friedrich Merz, 2024); »War diese Souveränität, die Sie ausstrahlen, wenn ich die so gesehen habe auf Bildern oder auf Videos, war die immer wahrhaftig, oder sah es bei Ihnen manchmal innen anders aus?« (an Angela Merkel, 2024).

Nicht nur die sehr persönlichen Fragen, auch die Länge der Gespräche, die intime Aufnahmesituation ohne unmittelbar anwesendes Publikum sowie die bevorzugte Rezeption über Kopfhörer erzeugen eine Vertrautheit vermittelnde Gesprächsatmosphäre, die sich mit klassischen Radio- oder Fernsehinterviews kaum vergleichen lässt. »Das Subjekt als Beamter«, das im Medium des gesprochenen und downloadbaren Worts zum Ausdruck kommt, ist eben ein anderes als das im Medium der Schrift und des Aktenvermerks.²⁹ Das eingeladene politische Personal muss in solchen Podcasts zumindest die Bereitschaft zeigen, sich kritisch mit sich selbst als Mensch in der Politik auseinanderzusetzen, Fehler einzuräumen, Schwächen zu gestehen und eigene Dilemmata offenzulegen. Das öffentliche Ringen mit dem eigenen Amt und seinen Zumutungen dient hierbei als besonderer Nachweis von Glaubwürdigkeit. Gelingt das, dürfen die Gäste damit rechnen, so herzlich verabschiedet zu werden wie Ricarda Lang bei ihrem Besuch im Podcast »Hotel Matze« im Jahr 2024:

Matze Hielscher: »Ich fand es großartig, dass du da warst.«

Ricarda Lang: »Sehr gerne.«

Matze Hielscher: »Ich fand es schön, dass du, zumindest war das mein Eindruck, als Ricarda hier warst.«

Ricarda Lang erwies sich als ein »guter« Gast, weil sie nicht nur als professionelle Politikerin auftrat, sondern auch als verletzbarer, selbstkritischer Mensch. Nun lässt sich ein solcher Gesprächsausschnitt natürlich nicht verallgemeinern, und es wäre übertrieben, den Wandel der politischen Kommunikation der Gegenwart ausschließlich auf Podcast-Gespräche zu reduzieren, und doch wird an solchen Formaten deutlich, wie sehr sich das Anforderungsprofil an Amtsinhaber heute verändert hat. Die strikte Trennung

²⁹ Friedrich Kittler, »Das Subjekt als Beamter«, in: Manfred Frank / Gérard Raulet / Willem van Reijen (Hg.), *Die Frage nach dem Subjekt*, Frankfurt am Main 1988, S. 401–420.